

Das
Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog
lädt zum Vortrag von

GEORG LENNKH

Sonderbeauftragter für Afrika im Außenministerium
Sonderbeauftragter der jeweiligen EU-Präsidentschaft für den politischen Dialog im Tschad

WARUM AFRIKA ?

Vortrag und anschließendes Gespräch mit

MICHAEL KERBLER

Eröffnungsstatement:

NORBERT DARABOS

Bundesminister für Landesverteidigung

Mittwoch | 2. April 2008 | 19.00 Uhr

Georg Lennkh

Studium der Rechtswissenschaften in Graz, Politikwissenschaft in Bologna (Italien) und Chapel Hill (USA). Im österreichischen Außenministerium zunächst Posten in Tokio und New York. 1978 bis 1983 im Büro von Bundeskanzler Bruno Kreisky zuständig für außenpolitische Fragen. Unter anderem Vorbereitung des Nord-Südgipfels in Cancun (Mexiko), verschiedene Sondermissionen in den Nahen Osten. Ab 1983 österreichischer Botschafter bei der OECD (Paris), ab 1993 Leitung der Sektion VII für Entwicklungszusammenarbeit. 1998 – 2000 Leitung der Kommission IV der Burundi Friedensverhandlungen in Arusha; seit September 2005 Sonderbeauftragter für Afrika im Außenministerium. 2006 Führung der Afrika-Agenden im Rahmen des österreichischen EU-Vorsitzes. In der Folge auch Sonderbeauftragter der jeweiligen EU-Präsidentschaft für den politischen Dialog im Tschad.

Michael Kerbler

geboren 1954 in Wien, Matura in Wien, Studium der Publizistik und Psychologie. Seit 1976 Journalist beim ORF, seit 2003 Sendungsverantwortlicher „Im Gespräch“.

Margit Schmidt

Ich darf Sie heute herzlich begrüßen und bitte Sie, mit mir die Redner des heutigen Abends willkommen zu heißen, Herrn Bundesminister Norbert Darabos, Herrn Botschafter Dr. Lennkh, Herrn Dr. Michael Kerbler. Warum Afrika? ist die Fragestellung des heutigen Abends. Einen Aspekt wird Bundesminister Darabos beantworten, nämlich zur EU Mission im Tschad. Vor kurzem hatte er darüber und über mögliche künftige Beteiligungen Österreichs an friedenssichernden UN Missionen ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon.

Georg Lennkh hat nach einer Karriere als Diplomat in Tokio, New York, bei der OECD in Paris im Kabinett Bundeskanzler Kreiskys und als Leiter der Sektion Entwicklungszusammenarbeit im Außenamt die Leitung der Kommission IV der Burundi Friedensverhandlungen in Arusha im Jahre 2000 übernommen. Seit 2005 ist er Sonderbeauftragter für Afrika im Außenministerium. 2006 übernahm er die Führung der Afrika-Agenden im Rahmen des österreichischen EU Vorsitzes, und in der Folge ist er Sonderbeauftragter der jeweiligen EU Präsidentschaft für den politischen Dialog im Tschad. Dr. Lennkh ist ein langjähriger Mitstreiter und Mitglied des Vorstands des Kreisky Forums. Er hat das erste große Symposium für uns konzipiert im Jahr 1992, „Elf Jahre nach Cancun“, zu dem Vertreter aus Lateinamerika, Asien, Afrika und Europa gekommen waren, um Bilanz zu ziehen. 1981 haben der frühere mexikanische Präsident Lopez Portillo und Bundeskanzler Bruno Kreisky den Nord-Süd Gipfel organisiert. Dr. Lennkh war an der Vorbereitung beteiligt, Herr Bundesminister Pahr war persönlich anwesend. 1992 wollten wir herausarbeiten, was seit dem Cancun Gipfel geschehen ist und was not tut. Mir sind Aussagen in Erinnerung, der deprimierende

Tenor war, vergesst Afrika. Heute, also fast 16 Jahre später, fragen wir „Warum Afrika?“. Ich hoffe, Georg Lennkh wird uns Positives berichten können.

Im Anschluss an Georg Lennkhs Ausführungen wird Michael Kerbler ein Gespräch mit ihm führen und nachfragen. Dr. Kerbler ist Ihnen aus dem Hörfunk bekannt, wo er Verantwortlicher der Sendung „Im Gespräch“ ist und gescheiterten Leuten gescheiterte Fragen stellt. Er ist auch Vorstandsmitglied der österreichischen Sektion der internationalen Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen. Zu Beginn darf ich Herrn Bundesminister Darabos bitten, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Norbert Darabos

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Danke für die Einladung. Diese heute Veranstaltung steht in bester Tradition des Bruno Kreisky Forums für einen Ideen- und Meinungs austausch. Es geht heute um Afrika. Die Frage „Warum Afrika?“ ist aus meiner Sicht eine höchst interessante, aber auch eine sehr komplexe. Ich bin daher Herr Botschafter Lennkh, den ich ja im Tschad kennen lernen durfte, sehr dankbar, dass er diese Veranstaltung heute durchführt. Er ist sicherlich einer der Experten in der Afrikafrage in Österreich.

Ich möchte heute nur ganz kurz einen Aspekt herausgreifen, der auch die öffentliche politische Debatte in Österreich bestimmt, nämlich die Frage einer Friedensmission in Afrika, im konkreten Fall einer Friedensmission im Tschad. Österreich hat Tradition, allerdings eine sehr lang zurückreichende Tradition bei Afrikaeinsätzen, 1960 beginnend. Wir haben auch in den letzten Jahren in sehr geringer Anzahl unser Engagement in Afrika bekräftigt, vor allem mit Staboffizieren, mit Militärexperten in verschiedenen Ländern Afrika wie z.B. in Äthiopien. Es ist so, dass diese Tschadmission des österreichischen Bundesheeres in Österreich nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt, wie man milde formulieren könnte. Man könnte auch sagen, sie stößt in der veröffentlichten Meinung, aber auch im Großteil der öffentlichen Meinung auf Widerstand. Ich bin aber der Meinung, dass es wichtig ist für die Europäische Union im gesamten und auch für Österreich im speziellen sich hier zu engagieren. Man sollte an den Beginn so einer Mission die Frage stellen Warum? Deswegen möchte ich Ihnen einige Gedanken näherbringen.

Es gibt aus meiner Sicht in den verschiedensten Regionen in Afrika durchaus positive Entwicklungen auch in Richtung Friedensentwicklung, Sicherheit und Stabilität. Es entwickeln sich auch neue Strukturen in Richtung einer verstärkten Idee einer Afrikanischen Union oder auch einer beginnenden afrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Das bietet aus meiner Sicht auch diesem großen Kontinent die Chance, das Schicksal in die eigenen Hände nehmen zu können. Es ist aus meiner Sicht ein durchaus erstarkendes Selbstbewusstsein zu konstatieren. Dieses Selbstbewusstsein mündet darin, dass man sagt, afrikanischen Probleme auch mit afrikanischen Lösungen beikommen zu wollen und beikommen zu können. Wir sollten auch als Europäer nicht von oben herab auf diesen Kontinent schauen, sondern ihn auch wahrnehmen als Kontinent, der Entwicklungspotenziale hat. Und es ist ein Kontinent, der nicht nur von Krisen geprägt ist. Es gibt auch das andere Afrika, das Afrika, das Wachstum vorzuweisen hat, das Afrika, das Fortschritt vorzuweisen hat, und das Afrika – das zeigt auch die jüngste Entwicklung in Simbabwe -, das Demokratisierung vorzuweisen hat.

Aber man muss auch ganz ehrlich sagen, dass auf unserem Nachbarkontinent Konflikte auch längerfristig eher die Regel als die Ausnahme sein werden. Dieser Konfliktbogen umspannt geografisch gesehen von Westafrika über Zentralafrika bis Ostafrika. Und vor allem das Horn von Afrika ist derzeit ganz besonders von Krisen betroffen. Hungersnöte, Epidemien, weitere humanitäre Katastrophen verschärfen die Situation und sind zu einem großen Teil auch unmittelbare Folge von gewaltsamen Auseinandersetzungen. Leidtragende sind wie immer bei solchen Konflikten die Zivilbevölkerung. Es gibt derzeit 2,5 Millionen Flüchtlinge in Afrika und

darüber hinaus 7 Millionen intern Vertriebene. Im Tschad leben alleine derzeit 250.000 Flüchtlinge, die aus dem angrenzenden Bürgerkrieg in Darfur im Sudan in Richtung Tschad geflüchtet sind, und darüber hinaus noch 170.000 Vertriebene, die selbst im Tschad vertrieben worden sind.

Ich konnte mir im Oktober des letzten Jahres selbst ein Bild vor Ort machen und habe als erster Verteidigungsminister der Europäischen Union diese Krisenregion im Tschad besucht. Es geht einem persönlich sehr nahe, wenn man sieht wie zigtausende Menschen, vor allem Frauen und Kinder, hier in permanenter Angst, in großer Armut und ohne Hoffnung auf ein besseres Leben, auf eine bessere Zukunft in großen Flüchtlingscamps leben müssen. Diese Situation der Flüchtlinge hat sich im Tschad in den letzten Monaten und Wochen dramatisch verschlechtert. Die Armee im Tschad konzentriert sich auf die Abwehr von Rebellengruppierungen und ist nicht in der Lage, für Sicherheit in dieser Grenzregion zu sorgen. Als unmittelbare Folge dieses Unsicherheitsgefühls, dieser Instabilität der Region nimmt auch die Kriminalität massiv zu und die Überfälle auf Flüchtlinge und vor allem auch auf Flüchtlingsorganisationen – über 90 Mitglieder von NGOs wurden im Jahre 2008 alleine ermordet oder überfallen – sind Teil des Alltags genau so wie die Rekrutierung von Kindersoldaten. Deshalb glaube ich, dass die humanitäre Mission im Tschad unter dem Mantel der Europäischen Union wichtiger denn je ist. Es ist nichts dazu hinzufügen, wenn der Flüchtlingskommissar der UNO sagt, es geht dort nichts ohne Druck. Die UNO war es auch, die diesen Einsatz gefordert hat und die Europäische Union gebeten hat zu helfen. Alle 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind für diesen Einsatz eingetreten, dessen primäres Ziel der Schutz und die Unterstützung der Flüchtlinge und der Hilfsorganisationen ist.

Ich verstehe es deshalb auch als Signal, dass alle neutralen und allianzfreien Staaten innerhalb der Europäischen Union diesen Tschad Einsatz unterstützen. Wir, die Neutralen in Europa, sind damit keine sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer. Wir – und das sind Österreich, Irland, Schweden und Finnland – verschließen die Augen nicht vor dieser humanitären Katastrophe. Wir versuchen, einen substanziellen Beitrag für Sicherheit und Stabilität in einer Region zu schaffen, die dies dringend braucht. Es wurde angesprochen, dass dieses Engagement Österreichs auch innerhalb der UNO positiv registriert wird. Der Generalsekretär der UNO hat vorige Woche ganz persönlich auch Anerkennung und Wertschätzung insgesamt für die Teilnahme Österreichs an Friedensmission im allgemeinen, aber für die Tschad Mission im besonderen ausgesprochen. Es sprechen sehr viele politische Gründe für diesen Einsatz. Ich glaube auch, dass sich Europa, abgesehen von der humanitären Frage in Afrika, sicherheitspolitisch emanzipieren muss und handlungsfähiger werden muss und dass wir damit auch Hilfe zur Selbsthilfe in Afrika leisten können.

Sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf dem afrikanischen Kontinent können nicht abgekoppelt von Europa gesehen werden. Afrika ist geografisch viel näher, als es in unseren Köpfen ist. Krisenhafte Entwicklungen in Afrika – ich denke hier auch an das Entstehen von organisierter Kriminalität oder den internationalen Terrorismus – haben zunehmend auch Auswirkungen auf Europa. Auch davor sollte man die Augen nicht verschließen.

Ich darf ein Zitat eines unverdächtigen Zeugen Ihnen noch mitteilen:

„Wenn Afrika anfängt, seine Krisen zu exportieren, werden wir Europäer die Hauptleidtragenden sein.“ Das sagt der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer. Ich teile diese Einschätzung zu hundert Prozent.

Es ergibt sich daher, dass wir auch in unserer politischen Einschätzung dafür sorgen müssen, dass es nicht darum geht, ein Aufleben eines neuen Eurokolonialismus mitzutragen. Es geht hier um die Unterstützung auch bei der Entwicklung demokratisch legitimer und rechtsstaatlicher Sicherheitsstrukturen. Ich möchte daher auch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass diese Tschad Mission keine typisch französisch kolonial geprägte Einsatzmission und keine Intervention im frankophonen Afrika ist, sondern wo sollte sich die Europäische Union in Afrika dann einschreiten,

sollte sich denn engagieren. Es gibt kein Land in Afrika, in dem es keine koloniale Vergangenheit gibt. Das Argument lasse ich nicht gelten, dass ehemalige koloniale Strukturen durchaus auch mit Aspekten, die heute noch gelten, dass es Einflussnahmen gibt, sei es dass es britische, französische oder andere Einflussnahmen gibt, dass das uns von einem Engagement in Afrika abhalten kann. Ganz im Gegenteil. Es hat dieser Einsatz eine klare humanitäre Zielsetzung. Wir wollen damit auch ein Zeichen setzen.

Meine Damen und Herren,
es gibt Entwicklungen in Afrika, die ermutigend sind. Es ist daher auch Zeit, dass wir uns in Europa für eine neue Afrikapolitik einsetzen. Wir Europäer sind mit unseren Möglichkeiten auf gleicher Augenhöhe gefordert, den Ländern Afrikas die Möglichkeit zu eröffnen, die Probleme ihres Kontinents in eigener Verantwortung zu lösen. Wenn wir uns stark und noch stärker in der Krisenbewältigung und im Bereich Frieden und Sicherheit engagieren, dann unterstützen wir Afrika auf diesem neuen Weg. Insofern freue ich mich auf das Referat von Herrn Botschafter Lennkh und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Georg Lennkh

Die Herren Bundesminister, Abgeordnete, liebe Margit Schmidt, danke sehr für diese sehr freundliche Einleitung und Einführung. Ich möchte auch Gertraud Auer und dem Kreisky Forum sehr herzlich danken für diese Möglichkeit und die ganzen Vorarbeiten zu einem solchen Abend.

Warum Afrika? Kann man über Afrika reden? An und für sich eine Unmöglichkeit, sich vorzunehmen, in knapp vierzig Minuten so etwas zu tun, dennoch reden wir alle ja über Afrika. Ihnen sind die Bücher bekannt, die auch Afrika im Titel tragen. Bartholomäus Grill *Ach Afrika*, oder Georg Brunold *Afrika Gibt Es Nicht*, Martin Meredith *The State of Africa*; oder Kapuscinski *Das Afrikanische Fieber*. Auch wenn es also nicht einfach ist, möchte ich es versuchen, und zwar in vier Punkten:

Zunächst, Afrika, was ist das, wovon reden wir. Dann die Geschichte Afrikas in den letzten fünfzig, vor allem in den letzten zwanzig Jahren, also seit 1989. Weiters das neue Afrika, von dem Herr Bundesminister Darabos gerade gesprochen hat. Wie stellt es sich dar und wie hat die Europäische Union darauf reagiert? Und schließlich, was macht Österreich, was macht die EU, was machen wir in Afrika?

Zum ersten. Es gibt keinen anderen Kontinent, über den es so widersprüchliche Äußerungen gibt, die auch in so kurzer Zeitabfolge kommen wie Afrika. Afrika wurde und wird weiterhin immer wieder als Katastrophenkontinent bezeichnet. Dazwischen gibt es Jubelmeldungen, wenn etwa Ende der 1990er Jahre von Präsident Clinton eine afrikanische Renaissance ausgerufen wird. Es gibt die neuen Hoffnungsträger – heute sind sie schon nicht mehr so neu – Museveni (Präsident Uganda), Meles Zenawi (PM Äthiopien), Kagame (Präsident in Ruanda). Und es gibt weiterhin die Gruppe der Langzeitherrscher. Gerade heute ist ein spannender Tag, weil wir bis vor knapp einer Stunde noch nicht genau gewusst haben, wie die Wahlen Simbabwe ausgegangen sein werden. Diese Widersprüchlichkeit hat auch damit zu tun – und hier spreche ich auch die Medien an -, dass wir es immer wieder mit einer doch stark einseitigen Wahrnehmung zu tun haben. Man bringt lieber und mehr Katastrophenmeldungen. Davon ist auch unser Afrikabild geprägt. Aber ich möchte jetzt noch einen weiteren Schritt gehen.

Woher kommt die europäische Afrikawahrnehmung? Ich verweise auf Hegel, seine Vorlesungen zur Geschichte, 1832 in Jena. Darin gibt es eine Passage von etwa 20 Seiten, aber sie ist lesenswert. Hegel spricht letztlich Afrika die Geschichtlichkeit spricht Geschichte ab. Wir wissen, so meint Hegel, nur wenig über Afrika, aber das Wenige klingt negativ und beeinflusst doch die gesamte europäische Philosophie und das Denken bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Ein sehr typisches Wort ist jenes *White Man's Burden* von Rudyard Kipling, der Titel eines Gedichts. Ich möchte

Ihnen ganz kurz eine andere Passage in meiner eigenen Übersetzung vorlesen, und zwar von Justin Cartwright, ein – weißer - Südafrikaner, in einem Buch das 1994 erschienen ist, *Not Home Yet*, also gerade zur Zeit der Wahlen in Südafrika. Er bringt darin eine andere Sicht, die manche von Ihnen vielleicht teilen.

„Die ersten Weißen bringen fast wie die Cholera in einem versiegelten Zug die Zerstörung einer jeden Gesellschaft, auf die sie treffen. Die Komplexität ihrer Beweggründe, der rastlose Charakter ihrer Religion, ihr Bedürfnis nach Landbesitz, ihre Vertrautheit mit Waffen, die kommerzielle Art ihres Lebens, das alles bringt das Ende jeder Gesellschaft, auf die sie treffen.“

Eine radikale Aussage, mit der sich Afrika lange auseinander zu setzen gehabt hat. Auch heute noch ist unser Blick verstellt durch unsere eigene Gedankengeschichte.

Gehen wir zu ein paar Fakten über Afrika: 53 Staaten, 30 Millionen km², 900 Millionen Einwohner, ein Bevölkerungswachstum von 2,7%., der Kontinent mit dem größten Anteil an jungen Menschen, ein negatives Wirtschaftswachstum von etwa 1970 bis 2004. Anders gesagt, während Afrika noch 1970 vor einigen ostasiatischen Staaten stand, war es 2004 um einiges hinter diese gefallen. Nicht-Entwicklung in Afrika, warum? Warum ist es dazu gekommen? Es gibt viele Gründe dafür. Das Klima, das fehlende Wasser, die Binnenlage vieler Länder, fehlende Infrastruktur, die Gesundheitssituation, die Heterogenität Afrikas. (Afrika hat von den 6.000 heute noch auf der Welt gesprochenen Sprachen über 2.000. Afrika ist in seiner Gesellschaft, in seinem Aufbau an Ethnien differenzierter als die ganze übrige Welt zusammen.) Der wichtigste Grund aber ist das koloniale Erbe, ist das Fehlen geeigneter Institutionen und geeigneter Eliten. Dafür zitiere ich Dumont. *L’Afrique noire est mal partie*, schon 1960 erschienen. Schon damals hat Dumont festgestellt, daß die Dekolonisierung schlecht bis gar nicht vorbereitet war. Afrikanische Eliten waren nicht darauf vorbereitet, ein eigenes Land zu führen. Er bringt interessanterweise als Gegenbeispiel China und das Faktum, dass die Rote Armee, nach dreißig Jahren in der Wüste die Kader für modernes Staatswesen stellen konnte, das doch anders funktioniert hat. Basil Davidson, einer der besten Analytiker Afrikas, beschreibt das noch etwas anders und kommt noch genauer auf den Punkt. „Wir, Europa, haben Afrika ein System aufgedrückt.“ Ein demokratisches, parlamentarisches System, auf das Afrika in keiner Weise vorbereitet war, weil es auch die Voraussetzungen dafür nicht gehabt hat, weder von den gesellschaftlichen Klassen her noch vom Grad der Entwicklung, sodass dieses Modell in Afrika einfach nicht greifen konnte.

Zum zweiten Punkt, die letzten fünfzig oder zwanzig Jahre in Afrika: Die große Kolonialzeit hat im wesentlichen 1880 mit dem Berliner Kongress begonnen und hat bis etwa 1945 gedauert. 1955 und mehr noch ab 1960 hat dann die Dekolonisierung in massivem Ausmaß begonnen. Damals war die Periode der Kalte Krieg, mit seinen Stellvertreterkriegen in Afrika; jede der beiden Seiten in diesem Kalten Krieg hat versucht, seine Alliierten in Afrika auf seiner Seite zu halten. Es war damals nicht so wichtig, welche Art von Regime dort war. Es war nur wichtig, auf welcher Seite der entsprechende Diktator gestanden ist. So hat es gute und böse Diktatoren gegeben, je nachdem von wo man geschaut hat. Aber es hat auch interessante Episoden der Verschränkung von Weltpolitik mit afrikanischen entwicklungen gegeben etwa mit den verschiedenen kubanischen Interventionen. Angola ist ein Fall, der uns allen in Erinnerung ist. Ein anderes interessantes Kapitel, das weniger bekannt ist, ist Che Guevara, der in den 1960er Jahren am Tanganjika See im Kongo auf den damals noch jungen Laurent Kabila, Vater Kabila, getroffen ist. Damals war der Gedanke, im Kongo mit kubanischer Hilfe die Geschicke wieder in eine andere, anti-imperialistische Richtung zu lenken. Man wollte Kabila zu Hilfe holen. Das hat überhaupt nicht funktioniert.

1989 die große Wende in der Welt, das Ende der Jalta Ordnung. Zunächst hätte man glauben können, das hätte für Afrika weniger Bedeutung. Es hat sie auch nicht gleich gehabt. Aber es ist doch sehr bald eine erste Weichenstellung erfolgt, jedenfalls von Europa her. Es hat die berühmte

Rede Mitterrands in La Baule gegeben, in der er Afrika zum ersten Mal einlädt, Menschenrechte und Demokratie einzuführen. Es hat schon in den 1990er Jahren wesentlich mehr Wahlen gegeben, aber es hat auch wesentlich mehr Konflikte gegeben und zwar Konflikt einer ganz neuen Art mit eher innerstaatlichen, bürgerkriegsähnlichen Ausformungen, mit Konfliktparteien, die keine regulären Armeen mehr waren, die keine politischen Programme gehabt haben, die unübersichtlich waren. Die Entwicklungszusammenarbeit, die früher die Maxime gehabt hatte, ein Land im Falle eines Konflikts zu verlassen, weil sie dort nicht arbeiten konnte, hat sich umgestellt. Sie hat begonnen, selber Konfliktverhütung zu betreiben. Die EU hat sich ebenfalls umgestellt. Die alten Methoden der Konflikteindämmung haben nicht mehr gegriffen oder waren finanziell und auch politisch untragbar. Die letzte große Operation dieser Art war wahrscheinlich die Operation Turquoise in Ruanda, wo die französische Armee nicht nur französische Staatsangehörigen aus Ruanda herausgeholt hat, sondern unbeabsichtig massiv daran mitgewirkt hat, dass die Hutu Armee und die Hutu Milizen, die wesentlich an dem Völkermord in Ruanda beteiligt waren, ebenfalls aus dem Land konnten. Damit ist ein Problem geschaffen worden, das heute noch nicht gelöst ist. Diese europäische Politik war damit zu Ende.

In der EU wurde eine neue Maxime deklariert: Afrikanisierung der Konfliktverhütung in Afrika. Das heißt, Afrikaner sollten selber ihre Konflikte lösen, die EU würde sie dabei unterstützen. Damals hat man es, in erster Linie mit überregionalen Ansätzen versucht. Ein Beispiel, wo ich selber auch beteiligt war, war der Burundi Friedensprozess. Hier hat eine Gruppe von regionalen Nachbarstaaten, Uganda, Tansania, Kenia usw., ein Gremium gebildet, und einen Friedensprozess auf dieser Ebene eingeleitet. Der Verhandlungsprozess allein hat an die zwei Jahre gedauert. Der Friedensprozess, die so genannte Transition selber ist auch heute noch nicht zu Ende. Eines hat sich dabei gezeigt. Dass dieser Regionalansatz große Schwächen hat. Warum? Weil die Akteure oft auch Teil des Konflikts sind. Tansania hat den ersten Verhandlungsvorsitz gestellt mit dem ehemaligen Präsidenten Nyerere. Buyoya (Präsident von Burundi) hat immer wieder moniert, Tansania habe Interessen in Burundi, habe sogar eine Burundi-sprachige Provinz, habe Flüchtlinge beherbergt, sei daher ein Akteur im Konflikt und nicht ein unbeteiligter Neutraler. Der zweite Punkt ist, dass es jedenfalls damals wenig funktionierende regionale Organisationen gegeben hat. Ein dritter Punkt vielleicht – das ist heute noch zum Teil der Fall – ist, dass die afrikanische Konfliktverhütung sehr Staatschef-zentriert ist so wie die ganze Politik in Afrika, sodass es immer wieder Schwierigkeiten mit der langfristigen Umsetzungsabkommen gegeben hat, weil dafür keine Apparate vorhanden waren. Schließlich vielleicht auch, weil Afrika nicht genügend Finanzen für solche Prozesse aufgebracht hat.

Wir stellen also hier eine Periode fest, in der zwar Demokratieentwicklung angesagt war, -ganz wesentlich die Wahlen in Südafrika, die ein Zeichen waren auch für ganz Afrika -, in der aber auch die Konfliktlandschaft in Afrika wesentlich komplexer geworden ist. Ich erwähne hier als Beispiel das Horn von Afrika mit Somalia, Äthiopien, Sudan, Uganda, Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, Eritrea. Das alles gehört zu dieser Region. Sie haben einen lang dauernden Konflikt in Somalia. 14 Friedensabkommen hat es bereits gegeben. Wir sind bei der Umsetzung des 14. Abkommen und dabei sehr bald stecken geblieben. Jetzt läuft der Versuch, einen neuen Anlauf mit einem neuen Premierminister zu nehmen. Derzeit sind dort noch äthiopische Truppen stationiert, obwohl das eigentlich schon längst afrikanische sein sollten. Die somalischen Islamisten werden unterstützt von Eritrea. Eritrea unterstützt auch tschadische und darfurische Rebellengruppen. Eritrea versucht sich auf diese Weise zu einem Akteur in der Region hochzustilisieren, u.a. um sudanesischen Unterstützung bei seinem Konflikt mit Äthiopien zu bekommen. Hier gibt es einen alten Grenzkonflikt, der bis heute nicht gelöst ist, obwohl es einen gültigen Schiedsspruch einer Grenzkommission gibt. Aber weiterhin stehen sich hier die zwei Armeen gegenüber, und es kann jederzeit zu einem neuen Ausbruch von Kampfhandlungen kommen. Im Sudan allein gibt es vier Konfliktbereiche. Der alte Konflikt zwischen Nord und Süd mit einem Abkommen, dem Comprehensive Peace Agreement aus dem Jahr 2005, das nur schleppend umgesetzt wird. Es hat

dann den Darfur Konflikt gegeben. Es hat dazwischen eine auch eine Konfliktbewegung im Osten vom Sudan gegeben, der Beja-Kongress als Stichwort. Hier hat Eritrea bei der vorläufigen Ruhigstellung mitgewirkt. Auch im Nordsudan gibt es Rebellengruppen und Rebellenbewegungen. Diese Konfliktsituationen sind wieder eng verbunden mit dem Tschad. Tschadische Rebellengruppen operieren zum Teil vom Sudan aus, werden vom Sudan unterstützt, während der Tschad eine der wichtigen Darfur Rebellengruppen, das Justice and Equality Movement, unterstützt und auch bewaffnet, und es hier an einer neuen Front zu einem Stellvertreterkrieg gekommen ist. Im Süden dieser Region haben Sie noch Uganda. Hier gibt es einen alten Konflikt mit der Lord Resistance Army, die aus Norduganda stammt, derzeit aber im Sudan, im Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik operiert.

Hier wird es bereits zu komplex für unseren Rahmen. Aber nur um den Zusammenhang zu zeigen, wie wichtig etwa die Situation des Tschad ist. Der Tschad liegt in der geographischen Mitte von Afrika. Wir alle wissen dass, sollte der Tschad instabil werden, auch das übrige Westafrika betroffen wäre. Jemand hat uns einmal erklärt dass, würden die französischen Truppen den Tschad verlassen, der Tschad innerhalb von 48 Stunden ein zweites Somalia würde. Das ist vielleicht extrem formuliert. Heute wird die EUFOR das verhindern. Das ist aber nicht Aufgabe von EUFOR. Aber es ist eine Nebenwirkung. Das also zur einen, der düsteren Seite der Lage in Afrika.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt, das sich verändernde Afrika. Wir reden jetzt dauernd von diesen Konfliktsituationen. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Ländern, mit denen es recht gut geht. Ich führe einige beispielshalber an: Sierra Leone, Liberia. Da hat es große Konflikte gegeben. Beide sind heute doch am Weg zu einer wesentlichen Besserung. Mali, Burkina Faso waren immer schon sehr stabile Länder, auch wenn es heute in Mali Probleme gibt. Togo, Ghana, Senegal. Tansania hat immer ethnische Auseinandersetzungen zu vermeiden gewusst. Ruanda, Burundi, auch wenn dort die Konflikte noch nicht wirklich gelöst sind, sind in den letzten Jahren stabil gewesen. Uganda, Paradevorzeigeland mit hohem Wirtschaftswachstum. Sie sind gerade dabei, das Lord-Resistance-Army Problem im Norden zu lösen, so hoffen wir. Äthiopien, natürlich gibt es auch dort Probleme, aber es läuft. Im Süden Afrikas Namibia, Südafrika selber, Botswana, Angola, Mosambik. Mosambik hat Wachstumsraten in den letzten zehn Jahren gehabt, die immer über 5% waren, sehr oft nahe an 10% gelegen sind. Angola wird sehr bald auch in eine solche Lage kommen. Wir haben den Eindruck, die Anzahl dieser Länder wird größer.

Ein weiterer Faktor sind neue Strukturen in Afrika. Ganz wesentlich die Afrikanische Union. Die Afrikanische Union ist wie Tag und Nacht zur alten OAU, Organization for African Unity. Die Afrikanische Union gibt es erst seit 2002. Sie hat sich eine neue Satzung gegeben, in der ausdrücklich zunächst einmal erwähnt wird, dass Menschenrechte und demokratische Teilhabe am politischen Geschehen wesentliche Prinzipien sind. Und sie hat sich auch ausdrücklich in der Satzung vorbehalten, in Mitgliedsstaaten einzugreifen, wenn Prinzipien verletzt werden oder wenn es zu einer gewaltsamen Machtübernahme kommt. Das steht nicht nur in der Satzung, es wird auch getan. Gleichzeitig hat sich die Afrikanische Union Einrichtungen gegeben, die doch über weite Strecken der Europäischen Union nachgebildet sind. Es gibt einen Frieden- und Sicherheitsrat, ein PSC (Peace and Security Council). Das heißt fast genau so in der EU das PSK, das Politische und Sicherheitskomitee. Es gibt die AU Kommission mit zehn Kommissaren, die die Themen für die verschiedenen Ministerkonferenzen vorbereiten. Es gibt diese Ministerkonferenzen aller 53 Länder. Wenn ich 53 Länder sage, so sollte ich vielleicht präzisieren. Marokko ist nicht Mitglied der AU, seit die AU die Polisario als Mitglied aufgenommen hat. Es sind aber 53 UNO Mitglieder afrikanische Länder. Aber das deckt sich nicht völlig mit der Mitgliedschaft der Afrikanischen Union. Es gibt immer wieder Schwierigkeiten bei unseren gemeinsamen Treffen, an denen Marokko dann als Beobachter teilnimmt.

Es gibt auch noch eine neue interessante Einrichtung, den APRM, African Peer Review Mechanism. Das ist eine Gruppierung, die ein bisschen der OECD nachgebildet ist. Die OECD Prüfungen gibt es seit Jahrzehnten. Hier versuchen die Mitgliedsländer der OECD, sich gegenseitig unter die Lupe zu nehmen und Politikempfehlungen abzugeben. Afrika versucht nun ein Gleiches. Es sind noch nicht alle AU Länder dabei, aber etwa die Hälfte ist es bereits. Es ist ein Prozess im Gange, in dem diese Prüfungen sehr systematisch und penibel abgearbeitet werden.

Eine wichtige Struktur ist APSA, African Peace and Security Architecture. Das ist eine Serie von Einrichtungen, die erst im Begriff sind geschaffen zu werden. Es sollen fünf rasche Einsatzbrigaden, für jede Region eine, geschaffen werden. Zwei sind bereits im Aufbau. Andere sind in Vorbereitung. Es soll ein kontinentales Frühwarnsystem eingerichtet werden mit eigenen Beobachtungsstationen. Auch hier gibt es bereits Regionen, wo das funktioniert. Es werden Mediationsgruppen eingerichtet, Weisengruppen.

Die Europäische Union hat sich jetzt auf diese neue Lage eingestellt, hat jetzt endlich das Gegenüber, das sie braucht, für einen Ansatz, bei der afrikanischen Sicherheit mitzuwirken. Wenn wir die Afrikanisierung haben wollen, so ist jetzt die AU der Ansprechpartner. Die AU und subsidiär die Regionalorganisationen. Daher ist es der Kernstehsatz für die Europäische Union in ihrer Afrikapolitik: wir unterstützen die Afrikanische Union in ihren Bemühungen, selber ihre Sicherheitsfragen in die Hand zu nehmen.

Wie machen wir das? In ganz verschiedener Weise. Wir unterstützen z.B. afrikanische Sanktionen. In der letzten Zeit ist das vorgekommen gegenüber den Komoren. Hier sind eine Reihe von Personen auf eine schwarze Finanzliste gesetzt worden. Deren Konten werden eingefroren. Es hat ein Ersuchen gegeben seitens der Afrikanischen Union. Die EU ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat diese Sanktionen nachvollzogen. Das ist neu. So etwas hat es bisher nie gegeben. Es gibt eine African Peace Facility. Das ist ein Fonds, der immerhin zunächst mit 300 Millionen Euro bestückt war und nun noch einmal um 300 Millionen erhöht wurde. Aus diesem Topf wurde z.B. bisher die afrikanische Friedenstruppe im Sudan, in Darfur, finanziert, weitgehend. Afrika möchte natürlich, dass wir diese Fazilität noch ausweiten. Es gibt eine organisatorische und institutionelle Verbindung und Hilfe gegenüber der AU. Vor erst knapp einem Monat hat die EU zum ersten Mal eine eigene EU Botschaft gegenüber der AU eröffnet. Das ist auch schon ein Vorgriff auf einen späteren europäischen diplomatischen Dienst. Es gibt jetzt einen EU Botschafter bei der Afrikanischen Union.

Vielleicht noch kurz ein paar Beispiele, was die Afrikanische Union selber bereits getan hat in diesem Bereich. Es gibt afrikanische Truppen in Burundi. Es hat sie gegeben im Sudan, Somalia. Es gibt afrikanische Sonderbotschafter in Konfliktfragen, etwa Salim Salim für die Darfur-Frage. Mauretanien war ein interessantes Beispiel. In Mauretanien hat vor einigen Jahren ein Staatsstreich stattgefunden. Der wurde sofort von der Afrikanischen Union verurteilt. Mauretanien wurde von der Mitgliedschaft suspendiert. Eine Mission der AU ist nach Mauretanien gefahren und hat von dem Militärregime ein Programm zur Redemokratisierung verlangt. Das ist gekommen. Die EU hat sich diesem Programm angeschlossen. Aber wir haben gesagt, zuerst soll die AU in dieses Feld hineingehen. Und Mauretanien hat Wahlen abgehalten und ist heute wieder stimmberechtigtes Mitglied der Afrikanischen Union. Die Komoren sind noch ein Beispiel. Dort hat es vor kurzem einen militärischen Einsatz gegeben. Der unrechtmäßige Präsident der einen kleineren Insel, Anjouan, ist abgesetzt worden. Kenia schließlich. Hier hat es eine interessante Vermittlungsaktion gegeben, in der Kofi Annan, ein Afrikaner mit einer eminenten UN Vergangenheit, von der Afrikanischen Union gebeten wurde, diese Mediation zu unternehmen. Finanziert wurde das von der Europäischen Union. Hier sehen Sie schon, welche Formen der Zusammenarbeit heute zustande kommen können.

Ich erwähne jetzt nicht im Einzelnen die regionalen Organisationen, die aber wichtig sind. Im Westen die ECOWAS, die Organisation der Westafrikanischen Länder. Es gibt eine südliche-Afrika-Staatengruppierung, die SADC. Manche von denen funktionieren schon besser, manche noch nicht genügend. Hier ist noch ein Prozess im Gange, in dieses Feld etwas Ordnung zu bringen.

Ein letzter wichtiger Punkt zu diesem Teil, nämlich die neue Politik auf der EU Seite. Eine gemeinsame EU Afrikastrategie wurde letzten Dezember in Lissabon auf allerhöchster Ebene, Staats- und Regierungschefs, verabschiedet. Diese gemeinsame Afrikastrategie stellt Frieden und Sicherheit in den Mittelpunkt. Hier kommt dieser zentrale Ansatz immer wieder: Ohne vorherigen Frieden und Sicherheit kann es keine Entwicklung geben. Daher muss diesem Bereich genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden. Inzwischen gibt es eine Art Konvergenz auch von der Entwicklungsseite her, die anerkennt, dass hier eine wichtige Vorleistung zu erbringen ist.

Eine Parallelentwicklung ist die Europäisierung der europäischen Afrikapolitik. Das ist ein mühsamer Prozess. Die ursprüngliche europäische Afrikapolitik war ein Sammelsurium der bisherigen Kolonialpolitiken. Heute hat die EU 27 Mitglieder. Der Vorsatz, der Ansatz ist da. Diese Afrikapolitik soll eine gemeinsame sein. Das verlangt von den einen, dass sie beginnen, ihr Wissen mit den anderen zu teilen, und gemeinsam mit den anderen über diese Dinge zu reden. Das bedingt aber auch, dass die anderen, alle die neuen Mitglieder, bereit sind, die Zeit und die Energie aufzuwenden, um sich mit Afrika politisch zu beschäftigen.

Ein letzter Punkt in dieser Frage neues Afrika ist die Wirtschaft. Nur ganz kurz. Bis 2004 hat es eine negative Entwicklung gegeben. Seither gibt es ein Wirtschaftswachstum in Afrika. Das hat zum Teil sehr konjunkturelle Gründe. Ein rasantes Steigen der Rohstoffpreise und auch der Ölpreise, aber auch das Auffinden ständig neuer Ölquellen. Das hängt natürlich auch miteinander zusammen. Je höher der Preis ist, desto mehr wird es wirtschaftlich, neue Förderstellen ausfindig zu machen. Das bringt aber auch, trotz aller Gefahren und Korruptionsmöglichkeiten, die hier bestehen, eine andere wirtschaftliche Basis mit sich. Auch die österreichische Wirtschaft beginnt darauf zu reagieren.

Darauf komme ich jetzt in meinem letzten Teil. Was macht Österreich in Afrika? Das hängt eng damit zusammen, was die EU in Afrika macht. Wir haben eine Afrikageschichte. Die beginnt etwa mit den 1950er Jahren. Wir hatten keine Kolonialgeschichte. Das war unser erster Zentralsatz während der ersten Sicherheitsratsmitgliedschaft. Wir sind dann draufgekommen, dass die österreichischen Firmen trotzdem ganz gut imstande waren, die Situationen gegen Rhodesien zu unterlaufen. In dieser ersten Phase war für uns die Blockfreienbewegung wichtig, in deren Rahmen wir Beobachter waren. Es war für uns die vierte Kommission (für Dekolonisierungsfragen) in den Vereinten Nationen wichtig. Hier hat es politische Afrikabeziehungen gegeben. Und die Entwicklungszusammenarbeit hat gegen Ende der 1950er Jahre begonnen, sich mit Afrika auseinanderzusetzen. In Wirklichkeit ist der Beginn von österreichischen NGOs hergekommen. Unser Beitritt zur Europäischen Union hat es dann mit sich gebracht, dass wir das ganz europäische Afrikapaket übernehmen mussten und übernommen haben und übernehmen wollten. Natürlich auch mit dem Gedanken, dass auch wir hier eine andere Note hineinbringen wollen. Die wirkliche Herausforderung ist gekommen mit unserer zweiten EU Präsidentschaft 2006. Warum erst mit der zweiten? Weil es erst jetzt auch für den afrikanischen Bereich eine nennenswerte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gegeben hat, und hier der Vorsatz war, es diese gemeinsame europäische Afrikapolitik während der Präsidentschaft verantwortlich mitzuformulieren. Wir hatten uns daher mit sämtlichen afrikanischen Fragen auseinander zu setzen. Ich erinnere mich an den Vorlauf zu dieser Arbeit. Im Jahr 2005 haben wir eine Liste von allen afrikanischen möglichen Konfliktpunkten erstellt, die uns beschäftigen könnten. Das waren 28. Tschad war nicht dabei. Nur dass Sie sehen, wie rasch sich die Dinge dann auch ändern können. Diese EU Präsidentschaft war für uns eine wertvolle Erfahrung. Wir hatten enorm viele Kontakte und haben viele Netzwerke

aufgebaut. Daraus ist der Gedanke entstanden, warum Österreich dieses Wissen, diese Kenntnisse nicht weiterführen kann. So ist dann der Gedanke entstanden, dass man auch meine Funktion als Sonderbeauftragter des Außenamts für Afrika weiterführt. Unser Ehrgeiz ist es daher, die europäische Afrikapolitik mitzuformulieren. Ich glaube, das gelingt uns bereits in einigen Fällen. Das muss nicht in allen Fällen sein, und so wird es auch nie sein. Aber wenn man hier mitspielen möchte, wird von einem erwartet, dass man in einigen Punkten mitreden kann, weil man das Wissen und die Fähigkeiten dazu hat.

Ein anderer Punkt ist die bevorstehende Sicherheitsratsmitgliedschaft. Wir stellen jetzt fest, im Sicherheitsrat und in den Vereinten Nationen insgesamt, sind über 60% Afrikafragen. Das heißt, es ist absolut unerlässlich, uns heute das Wissen, die politische Kenntnis aller Fragen zu erwerben, die den Sicherheitsrat beschäftigen werden. Und das sind viele Fragen. Meine jetzige Tätigkeit ist vor allem im Zusammenhang damit zu sehen.

Ich möchte noch die österreichische Wirtschaft erwähnen. Hier gibt es eine einfache Gleichung. 1989 sind wir alle nach Osteuropa gegangen. 12.000 Investitionen. Österreich war in einigen Ländern der größte Investor. Das ist heute abgehakt. Der ferne Osten hat uns interessiert, hat uns beschäftigt. Heute sagen viele, dort sind keine Gewinne mehr zu machen. Daher Afrika, das schaut auf einmal ganz interessant aus. Der angolische Botschafter berichtet mir, er kann sich gar nicht mehr erwehren vor Visaanträgen österreichischer Wirtschaftstreibender. Und Angola ist nicht das einzige Beispiel.

Es gibt die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, wo mit der Schaffung der ADA eine größere Flexibilität möglich wurde und der neue Ansatz, mehr in Regionen zu arbeiten, zu greifen beginnt. Das passt genau mit dem zusammen, was wir uns auch auf der politischen Seite vorstellen, ein regionaler Ansatz.

In der EU Afrikastrategie wird ein Gedanke gebracht: In einem globalen Maßstab ist Europa Nachbar zu Afrika, und geografische Nachbarn, die man sich bekanntlich nicht aussuchen kann, mit denen wir verbunden bleiben werden. Wir haben daher gemeinsame Verpflichtungen, aber auch gemeinsame Möglichkeiten. Bei den Verpflichtungen – und hier steht die Solidarität –, ist von der EU Seite auch das Ansinnen an das österreichische Bundesheer gekommen, nicht nur im Balkan zu sein, sondern sich auch mit Afrika auseinander setzen. Und jetzt, so muss ich fast beschämt vom Außenamt her sagen, hat das Heeresnachrichtenamt mehr Afrikaexperten als wir in der politischen Sektion. Im Tschadinsatz sind über 150 Leute eingesetzt. Das ist ein Quantensprung. Das hat es nie gegeben. Man muss bis zum Kongoeinsatz der UNO zurückgehen, und der war damit sicher nicht zu vergleichen. In der Zwischenzeit ist der Bundespräsident nach Afrika gefahren, erster österreichischer Präsident südlich der Sahara. Die Bundesministerin ist nach Afrika gefahren. Der politische Direktor des Außenamts ist bereits drei Mal in Afrika gewesen, vor ihm kein einziger politischer Direktor. Alles das sind Signale. Afrika zählt für uns heute. Es geht nicht darum, jetzt eine österreichische Afrikapolitik zu erfinden. Es geht darum, die europäische Afrikapolitik etwas österreichischer zu gestalten.

Ich hoffe, dass ich Ihnen damit vielleicht die Antwort geben kann, dass die Frage „Warum Afrika?“ gar nicht notwendig ist. Danke vielmals.

Michael Kerbler

Danke Georg Lennkh. Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Zeit haben wir uns gedacht das Publikum zuerst. Wir wollen Ihnen die Möglichkeit geben, Fragen an den Herrn Bundesminister zu stellen vor allem im Zusammenhang mit der Tschadmission.

Frage

Ulrike Lunacek. Gleich zum Tschad. Botschafter Lennkh hat gemeint, dass es im Tschad in 48 Stunden so aussehen kann wie in Somalia, wenn das Regime abtritt. Jetzt ist EUFOR dort. Das wird deswegen sicher nicht passieren, obwohl EUFOR diesen Auftrag ja gar nicht hat. Der politische Rahmen für diese EUFOR Mission hat mir immer gefehlt, wo versucht wird, Druck zu machen, dass es Verhandlungen gibt zwischen Deby und den Rebellen, um hier tatsächlich längerfristig auch einen Wechsel zu bewirken, der auch demokratischer legitimiert ist als dieser jetzt. Das sehe ich bei dem einen EUFOR Einsatz jetzt nicht. Das Hauptproblem liegt in Darfur. Dort sehe ich das Problem, dass hier die Afrikanische Union zum Teil zu wenig Truppen hat. Und außerdem ist der Sudan nicht bereit, hier endlich die Janjaweed Milizen und andere nicht mehr zu unterstützen. Dagegen ist EUFOR hilflos. Es ist schon sinnvoll, diese Mission grundsätzlich anzudenken. Vielen von dem, was Sie, Herr Minister, gesagt haben, teile ich. Das Rechtliche stimmt. UNO Mandat gibt es. Auch moralisch Menschen helfen zu wollen. Na klar. Aber wenn der politische Rahmen nicht gegeben ist, wenn die Franzosen dort einen Einfluss haben, der konnotiert ist mit der Kolonialherrschaft und das Europäische in den Hintergrund rücken lässt, dann habe ich damit ein großes Problem.

Frage

Claudia Vogt von der APA. Wir haben gerade gehört, dass es wichtig ist für die Afrikapolitik, dass ehemalige Kolonialmächte auch ihr Wissen teilen mit Österreich, das keine koloniale Vergangenheit hat. Jetzt frage ich mich gerade im Fall Tschad, teilt Frankreich sein Wissen mit den österreichischen Einsatzkräften und mit der EUFOR Mission? Da hat es immer Spekulationen gegeben, dass die Zusammenarbeit nicht so gut funktioniert.

Michael Kerbler

Damit ist Bundesminister Darabos angesprochen. Ich darf Sie bitten.

Norbert Darabos

Frau Abg. Lunacek, wir haben ja im Vorfeld dieser Mission die Diskussion, was diesen Einsatz betrifft, offen geführt. Ich weiß, dass bei Ihnen das Engagement tatsächlich im Vordergrund steht. Das nehme ich nicht allen ab, die gegen diesen Einsatz sind. Bisher war es ja immer so, dass in Österreich derartige Einsätze auch einstimmig im Nationalrat abgesegnet worden sind. Beispielsweise auch – und da ist schon ein Konnex zu sehen – die Afghanistan Mission, die auch die Grünen im Nationalrat unterstützt haben, wo es auch wie bei dieser Mission neben der AISAF Mission in Afghanistan ja eine eigene amerikanische Mission gegeben hat am Beginn und wo Österreich mit 70 bis 80 Bundesheerangehörigen auch dabei war. Ich teile Ihre Skepsis, was die demokratiepolitische Entwicklung im Tschad betrifft. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir bei dem Einsatz ein UNO Mandat zugrunde liegen haben. Es geht hier auch in erster Linie um den humanitären Schutz dieser Flüchtlingseinrichtungen. Das ist der Auftrag. In einem anderen Fall würde ich dem Vorwurf des Kollegen Peter Pilz fast Recht geben, was unsere neutralitätspolitische Ausrichtung dieser Mission betrifft, wenn wir uns hier auf einer Seite einmischen würden. Sie haben im August des Vorjahres auch öffentlich gemacht, dass der Schlüssel natürlich auch im Sudan liegt und in erster Linie im Sudan liegt. Ich habe bei dem Gespräch mit dem Generalsekretär der UNO und mit seinem Untergeneralsekretär, der für die Friedensmissionen zuständig ist, durchaus auch die von Ihnen angesprochene Skepsis durchgehört, nämlich dass die UNAMIT Mission im Sudan derzeit noch militärisch zu schwach ist. Man möchte dort bis zu 26.000 Mann installieren. Und das ist noch lange nicht gelungen. Der demokratische Ansatz ist, darüber hinaus zu sehen.

Der Vorwurf, der immer wieder kommt, dass hier Frankreich die Federführung dieses Mandats innehat. Es ist natürlich klar, dass Frankreich in diesem Bereich Knowhow aufzubieten hat und auch ungefähr die Hälfte des Kontingents im Tschad stellen wird. Wir sind derzeit bei einer Stärke

von knapp 2.000 EUFOR Soldatinnen und Soldaten und wollen bis in den Mai d.J. die Stärke von 3.800 Mann erreichen. Was wichtig ist, und das geht in der öffentlichen Diskussion unter, ist die Tatsache, dass es sich bei dieser Mission um eine so genannte Bridging Mission handelt, d.h. um eine Überbrückungsmission, und zwar eine Mission, die ein Jahr dazu dienen soll, Stabilität in dieser Region zu erreichen und dann in eine UNO Mission übergeführt werden soll. Die UNO ist auch aufgerufen – auch das ist Grundlage des Mandates, dem wir auch diesen Einsatz zugrunde legen –, dass der Generalsekretär der UNO in den ersten sechs Monaten dieser Mission verpflichtet ist, auch einen Fortschritt der Mission zu bewerten und uns auch mitzuteilen, ob es möglich ist, diese demokratischen Strukturen auch im Tschad zu etablieren, und zwar in einer Polizeimission mit UNO Mitteln und auch in einer Überführung in zivile Strukturen, wie wir sie nach unseren demokratischen Standards erwarten. Dass da nicht alles Eitel Wonne ist, ist auch richtig. Verteidigungsminister leben nicht nur in Österreich gefährlich, sondern vor allem auch im Tschad. Der Minister ist vergiftet worden und liegt derzeit in Frankreich in einem Krankenhaus. Es ist natürlich so, dass auch der Tschad an der unteren Skala der Wahrnehmung auch des Außenamtes liegt, was demokratische Strukturen betrifft.

Frankreich teilt das Wissen mit uns. Ein vielleicht paradoxer Ansatz. Dass es möglich war, dass die Rebellen vom Sudan kommend, wie das Botschafter Lennkh angesprochen hat. Da gibt es ja die gegenseitige Unterstützung tschadischer Rebellen im Sudan und sudanesischer Rebellen im Tschad. Dass es denen gelungen ist, bis in die Hauptstadt vorzudringen hat doch bewiesen, dass es eine „Neutralität“ Frankreichs in dieser Frage gegeben hat. Andernfalls wäre das gar nicht möglich gewesen. Wir werden uns sicherlich nicht in Konflikte einmischen. Aber das Knowhow Frankreichs in dieser Frage auszuschlagen, wäre aus meiner Sicht fahrlässig. Wir haben natürlich, ohne hier zu viel verraten zu dürfen, auch Nachrichtenaufklärung von unserer Seite. Aber die Zusammenarbeit mit Frankreich ist uns wichtig trotz aller durchaus berechtigten Ängste, dass hier Frankreich auch die Führungsnation hat. Aber es war für uns wichtig, dass die Mission nicht von Franzosen geführt sondern von einem irischen General, Pat Nash, der in Paris sitzt, aber auch damit gewährleistet, dass der einstimmige Beschluss der Europäischen Union, hier im Tschad tätig zu werden als EUFOR Mission, auch umgesetzt werden kann. Die Europäische Union wird sich in Zukunft noch besser überlegen müssen, wenn sie politische Entscheidungen trifft wie die Unterstützung dieser EUFOR Mission, dass diese Entscheidungen dann auch in der Umsetzung besser vorbereitet werden können, denn eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die mit Pannen beginnt wie fehlenden Hubschraubern, ist kein Renommé für Europa und auch kein Signal an Afrika, das wir uns hier auch professionell engagieren. Aber ich glaube, dass diese ersten Probleme überwunden sind und dass wir jetzt zuversichtlich diese Bridging Mission in dieser Form als Österreich, als Bundesheer, aber vor allem als Europäische Union unterstützen können.

Michael Kerbler

Unter welchen Voraussetzungen sind Sie dafür, das Mandat unserer österreichischen Einheiten bis März 2009 zu verlängern?

Norbert Darabos

Es ist durch die gestrige Diskussion im Verteidigungsausschuss eine Schiefelage eingetreten in der öffentlichen Diskussion. Es ist völlig klar, dass es hier nur eine Fortsetzung dieser Mission geben kann, wenn es eine klare Evaluierung von Seiten der UNO gibt und wenn es auf österreichischer Ebene basierend auf den Erfahrungen dieser ersten Monate unseres Kontingents eine Diskussion gibt auf der Ebene Außenministerin und Verteidigungsminister und dann auf Regierungsebene. Den Antrag im Ministerrat muss die Frau Außenminister einbringen. In anderen Fragen gab es durchaus widersprüchliche Meinungen in der Regierung, aber in dieser Frage hat es eine einstimmige Vorgangsweise gegeben. Wenn wir diese Mission weiter unterstützen wollen, dann müssen wir das in den nächsten sechs Wochen entscheiden. Alles andere wäre fahrlässig gegenüber den Bundesheersoldaten. Bitte um Verständnis, dass wir aus Regierungsebene diese Diskussion jetzt

führen. Ich bin der Meinung, dass wir tendenziell darauf hin arbeiten sollten, diese Mission zu verlängern.

Michael Kerbler

Simbabwe. Die letzte APA Meldung heißt, die Opposition inklusive einer Splittergruppe der NDC hat 50,3%, Mugabe 43,8%. So wie es aussieht, sieht der Stand der Parlamentssitze 105 zu 93 aus. Mugabe hat gesagt, er tritt nicht zu einer Stichwahl an. Es gibt zumindestens eine Chance, dass Simbabwe einen Veränderungsprozess zur Demokratiesierung macht. Wie lange wird das System Mugabe allerdings halten, selbst wenn er weg ist?

Georg Lennkh

Wenn Mugabe weg ist, wird dieses System nicht mehr existieren. Es wird allerdings eine Reihe von Jahren brauchen, bis hier wieder eine normale Ordnung eintritt. Das heißt überhaupt nicht, dass gewisse Dinge zurückgenommen werden. Sondern einfach die ganze Finanzwirtschaft, die Geldwirtschaft in Ordnung zu bringen, die Leute wieder an Arbeitsplätze zu bringen, wird nicht leicht sein. Aber wir bereiten uns alle darauf vor. Unser Botschafter dort schreibt schon seit einem Jahr Berichte für den Fall dass, was sollten wir dann tun. Die Europäische Union wird darauf sehr rasch reagieren. Wir sollten jetzt warten, was wirklich die Entscheidungen sein werden. Aber es scheint in diese Richtung zu gehen.

Michael Kerbler

Welche Signalwirkung für die afrikanischen Staaten geht von einer solchen Veränderung in der Region vor allem aus?

Georg Lennkh

An und für sich ist das eine wirklich beachtliche Sache, weil doch alle geglaubt haben, es wird Mugabe noch einmal gewinnen. Hier hat sich doch das Volk durchgesetzt und gegen alle Einschüchterungen anders abgestimmt. Das ist ein sehr gutes Zeichen für die Lebendigkeit der Demokratie. Ich sage deswegen Vorsicht, weil wir inzwischen draufgekommen sind, dass die Wahlen ja noch nicht die Antwort sind. Das, was nach den Wahlen kommt, ist das Wichtige. Wir haben gesehen, wie es in Äthiopien gelaufen ist. Da war das extrem schwierig. Kenia war schwierig. Wahlen sind inzwischen zu dem Gefahrenpunkt geworden in Afrika. Das ist ein neuer Zustand. Die Kenianer selber haben in der Afrikanischen Union jetzt beantragt, das Wahlbeobachtungssystem muss wesentlich verbessert werden, damit es hier nicht mehr diese Streitigkeiten gibt. Hier ist man sich bewusst, das muss anders werden und man macht auch etwas dagegen. Das kann nicht alles von heute auf morgen geschehen. Das sind allmähliche Prozesse.

Michael Kerbler

Wenn die Demokratisierung in Afrika eine Tochter des ökonomischen Wandels und Fortschritts ist, wenn die Wirtschaft floriert – der Kommissionsbericht der Vereinten Nationen über die Wirtschaftsentwicklung 2008 mit einem Wachstum von 6,1%, natürlich bei großen Ungleichgewichten zwischen einzelnen Staaten. Wie sehen Sie denn den Demokratisierungsprozess in Afrika?

Georg Lennkh

Es gibt ja inzwischen so gut wie überall Wahlen. Die Frage ist nur, wie laufen diese Wahlen. Wir müssen vermeiden, hier die Art der Demokratisierung in Afrika eins zu eins gleichzusetzen mit dem, was in Europa geschieht. Deswegen sagen wir ja auch immer wieder Demokratisierung und nicht Demokratie. Hier geht es um die Art des Prozesses. Ich kann mich noch gut erinnern an eine Diskussion, die wir mit dem damaligen Generalsekretär der Einheitspartei, des National Resistance Movement von Uganda gehabt haben. Uganda war das einzige Land in Afrika, das sehr lange festgehalten hat am Gedanken, es müsse ein Einparteiensystem geben, und dass das auch

demokratisch sei. Es ist interessant, dass die anderen afrikanischen Staaten in einer Sitzung zu Uganda gesagt haben, macht wie ihr glaubt, aber ihr müsst nachweisen, dass es in eurem System möglich ist, dass die Leute wirklich am politischen Prozess beteiligt sind. Was soll man zum Tschad sagen, wo es zu einem Abkommen gekommen ist zwischen 82 politischen Parteien am 13. August vergangenen Jahres? Das kann demokratisch nicht leicht zu bewältigen sein. Wir wissen aber vom Burundi Beispiel – da hat es auch an die 20 Parteien gegeben -, dass die Wahl notwendig war, um einmal mindestens 10 oder 15 Parteien aus dem Spiel zu bringen, von denen alle gewusst haben, dass sie nicht mehr als eine Familie darstellen. Aber es sind zuerst einmal Wahlen notwendig, um das zu demonstrieren. In vielen afrikanischen Ländern wird man einen Mehrstufenprozess brauchen, bis man so weit ist, dass man Systeme findet, die den afrikanischen Gesellschaftsstrukturen entsprechen. Das kann von Fall zu Fall auch durchaus verschieden sein. Afrika beschäftigt sich heute sehr viel damit, wie sie die ihnen von uns übertragenen Institutionen entsprechend adaptieren können. Das stimmt etwa auch für das Justizsystem. Wir kennen die Anklageerhebung des Internationalen Strafgerichtshofs gegen die Anführer der Lord Resistance Army. Soll das nun nach internationalem Recht abgehandelt werden, oder doch nach afrikanischem Recht, wie Uganda das nun denkt? Hier können wir nichts anderes tun als zu sagen, Afrika soll versuchen selber seine Lösungen zu finden. Was wir auch tun können – und ich glaube, das sollten wir schon längst tun – ist mehr zu ergründen versuchen, was eigentlich in Afrika selbst läuft. Das haben wir bisher nicht immer getan.

Michael Kerbler

Wie beurteilen Sie denn das Auftreten der zwei großen Mächte USA und China in Afrika? Für mich ein Aha-Erlebnis war, dass die USA ja seit zwei Jahren mehr Rohöl aus Afrika in die Vereinigten Staaten importieren als aus dem Persischen Golf, dass die amerikanische Sicherheits- und Außenpolitik hier in Afrika auch Truppen parat stellen will, um diese Rohölquellen im Bedarfsfalle zu sichern – Stichwort Golf von Guinea. Wie sehen Sie denn das Auftreten, das Buhlen um die Rohölquellen und anderen Bodenschätzen, was das Gefüge in Afrika selber angeht?

Georg Lennkh

Dieser Wettlauf um Öl und um Rohstoffe hat einen Preisanstieg gebracht, der für Afrika durchaus positiv zu sehen ist.

Michael Kerbler

Das setzt allerdings voraus, dass die Bevölkerung was davon hat. So, wie es jetzt aussieht, bleibt es immer noch zumeist bei den Eliten hängen.

Georg Lennkh

Das ist richtig. Was wir früher als Trickle-Down-Effekt beschworen haben, das existiert nicht immer so in dieser Form. So ganz überhaupt nichts bleibt dann aber auch nicht übrig. China hat einen interessanten Vertrag mit der Demokratischen Republik Kongo abgeschlossen, eine Investition von 5 Milliarden, die bezahlt werden sollen aus den Erträgen der Förderung im Bergbau. Aber um das überhaupt möglich zu machen, ist Infrastruktur notwendig. China wird mit diesen 5 Milliarden auch die Infrastruktur erstellen. Eine Eisenbahn von Katanga bis an die Küste. Die Eisenbahn bleibt den Kongolesen, wenn es ihnen gelingt, das einigermaßen zu erhalten, auch nachdem der Vertrag und die Bezahlung abgearbeitet ist. Das tschadische Erdöl wird weiter durch die Pipeline fließen, auch wenn alles bezahlt ist.

Michael Kerbler

Wobei das Beispiel Tschad ja zeigt, da hat die Weltbank 13% der Errichtungskosten dieser Pipeline übernommen und hat gesagt, ihr müsst aber im Gegenzug so und so viel ins Gesundheitswesen, ins Bildungswesen etc. investieren. Was hat der Herr Präsident gemacht? Er hat den Fonds in London aufgelöst und es in Waffenkäufen investiert.

Georg Lennkh

Das ist richtig. Allerdings ist die Geschichte etwas komplexer. Ich möchte nicht zu sehr auf dieses Beispiel eingehen. Es ist deswegen komplexer geworden, weil der Ölpreis so stark gestiegen ist und weil der ganze Vertrag daher in eine Schiefelage gekommen ist. Aber das geht natürlich viel mehr an die Grundfesten des Tschad. Darauf möchte ich dann noch einmal zurückkommen.

Vielleicht noch einmal zur Grundsituation. China hat eine sehr eindimensionale Afrikaausrichtung. Es geht um Rohstoffe und dann vielleicht auch etwas um Märkte für billige chinesische Waren. Die USA haben eine auch relativ einseitige Ausrichtung. Es geht um Erdöl und um Terrorismus in einigen Bereichen. Das ist der große Unterschied zum EU Ansatz. Der ist umfassend. Der betrifft alle Bereiche. Natürlich sagen die Afrikaner heute, manchmal sogar ein bisschen süffisant, die Chinesen geben heute leichter das Geld her, da gibt es keine Konditionalität. Ich höre aber heute auch schon: ‚so geht das auch nicht mit den Chinesen.‘ Sie kommen jetzt drauf, dass China bei seinen ganzen Investitionen umfassend agiert. Bis zum letzten Teekoch kommt jeder Handgriff aus China selber. Afrikaner haben dabei auf einmal keine Jobs mehr. Und dann bringen sie noch billige Waren und zerstören damit afrikanische Industrien. Allmählich kommt der Gedanke auf, so gut war das vielleicht auch nicht. Die USA werden ihr Öl weiter bekommen. Die Afrikaner wollen das ja auch verkaufen. Ob man mit rein militärischen Methoden ein Nigerdeltaproblem in den Griff bekommt, das bezweifle ich sehr. Das kriegt man nicht so in den Griff. Das muss politisch gelöst werden. Ob die USA dazu imstande sind, kann man auch bezweifeln. Auch hier wird man den Afrikanern beistehen müssen, sich selber damit mehr auseinander setzen.

Michael Kerbler

Ich finde es sehr interessant, dass die AFRICOM nach wie vor in Stuttgart sitzt und verzweifelt auf Herbergssuche in Afrika unterwegs ist, und kein afrikanisches Land hier wirklich gewillt ist, einen Stützpunkt zu offerieren.

Georg Lennkh

Meine Information ist, dass die Herbergssuche inzwischen aufgegeben worden ist, weil eben keine Antwort kommt. Das hindert nicht, dass es nicht amerikanische Militärs in Afrika gibt. Ich war vor kurzem in Mali. Ich war höchst überrascht, in dem Hotel, wo ich war, einen Marine Ball stattfinden zu sehen. Auch das gibt es inzwischen. Sie wollten mir nicht sagen, wie viele Marines dort wirklich sind. Aber es sind einige.

Darf ich noch ganz kurz auf die Frage der Abgeordneten Lunacek kommen zu dieser politischen Seite vom Tschad. Natürlich ist das eine ganz wesentliche Frage. Es war auch interessant beim Besuch Fischers in Äthiopien, wo Meles Zenawi (äthiopischer PM) gesagt hat, wir finden das europäische Engagement sehr gut, EUFOR ist gut, wir respektieren auch, dass ihr das so seht, Neutralität, Unparteilichkeit usw. Nur Sie müssen sich im Klaren sein, dass wir das in Afrika anders sehen. Ich kann Ihnen sagen, der Sudan sieht die EUFOR als einen Schutzschild für die Franzosen, die Deby stützen wollen. Und Deby sieht EUFOR als einen Schutzschild gegenüber den Rebellen und dem Sudan. Das heißt nicht, dass wir dagegen sind. Ganz im Gegenteil. Macht es bitte weiter. Aber ihr habt ja auch eine politische Seite. Nicht die EUFOR soll jetzt Politik betreiben. Die EU soll Diplomatie betreiben. Warum redet ihr nicht mit dem JEM, (Justicy in Equality Movement), mit Khalil Ibrahim, damit man es wieder an den Verhandlungstisch bringt. Das wurde uns in einer sehr ähnlichen Weise von einer Reihe von anderen afrikanischen Staaten gesagt. Ich habe noch keinen Afrikaner gehört, der sich negativ über EUFOR ausgesprochen hat. Es ist im Gegenteil eher bewundert worden, dass die EU sich so in eine solche Frage hinein begibt. Aber ihr müsst, so Meles, auch eure politischen Atouts einsetzen.

Das ist leichter gesagt als getan. Sie können mir glauben, es ist hier einiges im Laufen. Wir müssen versuchen, hier neue Wege zu gehen. Wenn es stimmt, wird in der heutigen Afrika-Arbeitsgruppe ein Beschluss gefasst worden sein, dass wir, die EU, in verschiedenen afrikanischen Hauptstädten darauf hinweisen, dass es jetzt eine Kontaktgruppe von Aussenministern für das Abkommen in Dakar (zwischen dem Sudan und dem Tschad) gibt, und dass es keinen Sinn hat, wenn der tschadische Premierminister unseren Diplomaten dort klagt, dass schon wieder ein sudanesisch unterstützter Rebellenangriff gekommen ist. Nein, er sollten jetzt selber zur Kontaktgruppe gehen und sagen, hier wird foul gespielt, wir wollen das untersucht haben und zwar heute noch. Darum geht es jetzt. Wir müssen versuchen, diese diplomatische Maschinerie anders in Gang zu bringen. Das ist nicht einfach. Die Afrikanische Union hält sich sehr zurück. Aber wir kommen schon dahin. Ich glaube, da gibt es viele Kontakte, die man nicht alle auf dem Tisch ausbreiten kann.

Meine eigene Funktion ist es ja, den internen politischen Dialog im Tschad voranzutreiben. Es wurde in den letzten Tagen endlich diese Untersuchungskommission gegründet, an der die EU teilnehmen wird. Wir reden mit tschadischen Oppositionspolitikern. Ich habe vor ein paar Tagen mit dem Präsidenten des Comité de Suivi telefoniert. Wir glauben, dass bei aller Schwierigkeit für diesen tschadischen Demokratieprozess da schon eine Rolle ist für die EU und dass wir gewillt sind, sie zu spielen.

Michael Kerbler

Stichwort EU. 1970 haben rund 36% der afrikanischen Bevölkerung mit weniger als 1 US Dollar am Tag auskommen müssen. 2007 waren es schon 50%. Und die Weltbank schätzt, dass 2030 zwei Drittel der ärmsten 10% der Weltbevölkerung südlich der Sahara leben wird. Wenn die Weltbank mit dieser Einschätzung Recht hat, welche Entwicklungszusammenarbeitspolitik, welche Politik muss die EU gemeinsam vorantreiben, dass wir 2030 nicht bei dieser Prognose der Weltbank landen?

Georg Lennkh

Hätten wir das Rezept für Entwicklungspolitik und wie das in Afrika funktioniert, dann würden wir diese Fragen heute nicht diskutieren. Aber das wichtige ist, dass wir immer, die Dinge, die wir gemacht haben und die nicht funktionieren, auf die Seite schieben und sagen, diese Fehler machen wir kein zweites Mal, und dass wir versuchen, neue Wege zu gehen. Ich glaube, dass der Rahmen, der gesetzt worden ist in der Afrikastrategie, ein interessanter ist. Es sind heute auf der europäischen Seite Bemühungen unterwegs, die EU Entwicklungszusammenarbeit, viel kohärenter zu gestalten, dass wir uns nicht alle in hundert verschiedenen Projekten verzetteln. Aber natürlich, der Wunsch nach Sichtbarkeit bleibt immer gegeben. Auf der anderen Seite gibt es auch in Afrika allmählich einen Prozess des sich auf wesentliche Punkte Konzentrierens. Wir glauben schon, dass wir vielleicht in einigen Jahren dahin kommen, vielleicht auch deswegen, weil es immer mehr Länder gibt, in denen zumindest einiges vorangeht. Wenn einmal genügend kritische Masse gegeben ist, kann hier ein Durchbruch erfolgen.

Das letzte ist vielleicht auch der Zeitfaktor. Wir sind ungeduldig. Ständig wollen wir Dinge sofort erledigt haben. Ich habe einmal diese Rechnung angestellt, Mosambik und Österreich. Mosambik hat ein sehr hohes Wachstum, 6, 7, 8% wenn man pro Kopf rechnet. Und sein BIP hat ein Prokopfeinkommen von 200 oder 300 Euro. Österreich hat 25.000. Wenn Österreich ein ganz langsames Wachstum hat, 1%, und Mosambik weiterhin bei seinem hohen Wachstum bleibt, wie lange dauert es, bis die Schere zwischen Österreich und Mosambik im Prokopfeinkommen kleiner wird? Denn am Anfang wird auch bei 1% von 25.000 die Schere noch größer. Die Antwort ist etwa 80 Jahre. Wir müssen uns das immer wieder vorsagen. Das sind trotz allem Bemühen lange Prozesse. Die Schwierigkeit ist, wie kann man einen so langen Prozess gestalten. Dazu brauchen auch wir die geeigneten Institutionen. Gordon Brown hat einmal 30jährige Entwicklungsverträge vorgeschlagen. An und für sich ein mutiger Vorschlag. Sie haben das auch mit Ruanda gemacht.

Wir müssen uns das überlegen. Wie kann man diese Langfristigkeit in unsere Tätigkeit hineinbringen?

Michael Kerbler

Das Wachstum 2008 von Mosambik ist 7,5%, also im Vergleich zu uns schaffen sie es vielleicht schneller. Ich möchte Sie jetzt einladen, Fragen an Herrn Botschafter zu stellen.

Frage

Herr Botschafter Lennkh kennt auch meine Afrikaerfahrungen. Ich habe große Erfahrungen in Ostafrika, aber auch in Südafrika, Namibia. Sie haben sehr lieb den Kolonialismus und die Folgen des Kolonialismus erwähnt. Kurz angeschnitten haben Sie auch den Kolonialismus mit den Megamächten China und Amerika. Nicht erwähnt haben Sie den Tribalismus. Das ist ein ganz entscheidender Punkt auch in Bezug auf die Entwicklung eines Demokratiedenkens. Ich will gar nicht vom System reden. Auch Tribalismus bis zum Rassismus, Bantu und Massai, der größte Konflikte bringt, aber auch die Buschmänner in Namibia. Wie stellen Sie sich eine Wahl vor nach dem heutigen System, wobei noch zu ergänzen ist, dass enorme Einflüsse auch von religiösen Gruppierungen sind. Uganda, ich hatte sogar die Gelegenheit Idi Amin zu treffen und mich neuropsychologisch, psychiatrisch zu beschäftigen. Diese enormen Einflüsse von Religion, vor allem des Islams, der ja gerade in Zentralafrika. Wie stellen Sie sich eine Demokratie vor auf allgemeinem Wahlrecht, wo der einzelne nur das wählt, was die Sippe, die Familie und die Tribes vorschlagen? Sehr traurig, was in Kenia passiert ist. Wie stellen Sie sich eine demokratische Entwicklung vor? Und wie stellen Sie sich eine Partnerschaft zwischen Österreich, EU und dem Afrika südlich der Sahara vor?

Frage

Den Wortmeldungen entnehme ich einen Optimismus für Afrika, den ich als Afrikakorrespondent während 30 Jahren nicht teilen kann. Erstens glaube ich, die kühnen Vorsätze der EU und auch der österreichischen Regierung sind etwas zu spät gekommen. In Nordafrika wird eine islamistische Subversion praktiziert und verbreitet von der Zentrale von Khartum aus durch den Ideologen Hassan al Turabi. Südlich der Sahelzone wiederum hat sich China sehr stark eingekauft, ohne viel Spielraum für andere Interessenten und Akteure zu lassen, bis zum Punkt, dass es bereits die Bordelle dort betreibt. Ich kann mir die schönen Vorsätze nicht vorstellen. Ich richte an Minister Darabos die Bitte, sehr gut zu überlegen, ob sie die Österreicher dort weiter hinschicken, weil die islamistische Expansion und Subversion schreitet voran. Im Tschad gibt es 24 Rebellengruppen. Die österreichischen Soldaten, die dahin kommen, werden nicht Flüchtlinge beschützen müssen sondern sich selber gegen die afrikanische Subversion.

Frage

Wilfried Graf, Institut für Integrative Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung. Herr Botschafter Lennkh, Sie haben mehrfach betont, dass Sie auf der Suche sind nach neuen Wegen für politische Verhandlungen auch im Tschad. Sie sind einer der wenigen Botschafter, die ganz große Erfahrungen auch haben mit internationalen Friedensprozessen, Stichwort Burundi. Ich weiß, dass Sie ganz sicher Ihre Arbeit nicht reduzieren auf reine Sicherheitslogik und auf die Unterordnung aller diplomatischen Bemühungen unter einem bloßen Sicherheitsdiskurs. Aber ich würde Sie bitten, über diese neuen Wege mehr zu sagen. Ich habe auch drei Fragen. Es klingt immer wieder durch, dass es von Seiten der Rebellen mögliche Angebote gibt auch an Österreich speziell zu verhandeln. Das klingt vielleicht naiv. Aber meine Frage geht genau in die Richtung. Könnten Sie sich vorstellen, dass man neben, komplementär zu einer multinationalen EU Stabilisierungsmission eine spezifische österreichische Initiative für Dialog und Verhandlungen im Tschad organisiert, die auch von der Zivilgesellschaft, von zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen werden könnte, weil das in der jetzigen Situation vielleicht sogar leichter geht als nur über die staatliche Politik? Ich glaube, es müsste auch in Kooperation mit afrikanischen Mediatoren und Mediatorinnen, mit

afrikanischen NGOs passieren. Was man gelernt hat aus Friedensverhandlungen ist, es braucht den direkten Dialog auch mit so genannten Hardlinern und Extremisten, mit Terroristen. Das geht natürlich oft nicht am Runden Tisch bzw. am Runden Tisch wird es schnell einmal kontraproduktiv. Man braucht eine Arbeit ein Stück weit allein mit Hardlinern. Denken Sie bei den neuen Wegen auch an solche Methoden? Also zivilgesellschaftliche Einbindung, Einbindung von afrikanischen Mediatoren und Einzelarbeit, um auch an Hardliner heranzukommen.

Georg Lennkh

Tribalismus. Es gibt in Afrika tausende Ethnien. Hindert das daran, einen modernen demokratischen Prozess einzuführen? Nein. Wir dürfen nicht in die Falle gehen, diese ethnische Komponente überzubewerten und zwar so überzubewerten, dass wir sagen, das ist die Ursache aller Konflikte. Ich kann Ihnen Beispiele über Beispiele bringen. Burundi wäre mein erstes. Die Konflikte in Burundi haben angefangen in den 1930er Jahren. Sie haben angefangen, weil es zu wenig Nahrungsmittel gegeben hat. Es hat schon damals eine Überbevölkerung gegeben. Es wurden Nahrungsmittel knapp. Und dann passiert nämlich etwas, dann wird ein wirtschaftlicher, ein Ressourcenkonflikt auf einmal umgeformt in einen ethnischen. Das lässt sich leicht von der einen oder von der anderen Seite steuern und manipulieren. Kenia. Einer der tieferen Gründe für die Unruhen in Kenia waren nicht die Ethnien, sondern war der Umstand, dass Angehörige einer Gruppe ganz offensichtlich in Saus und Braus gelebt hat, während andere in Slums hausten.

Wie sehr sich jetzt in manchen Fällen Lösungen finden lassen? Ich nehme noch einmal Burundi, das Hutu-Tutsi Problem, her. Sie haben interessanterweise in Ruanda und Burundi völlig konträre Lösungen. In Ruanda wird erklärt, es gebe keine Ethnien. Das sei eine Erfindung der Belgier gewesen. Die Leute, die auf den Markt gekommen sind mit Milchprodukten, waren die Tutsis. Die mit dem Gemüse waren die Hutus. Und die, die mit Wild und Vögeln gekommen sind, das war die ganz kleine Gruppe der Twas. In der jetzigen Verfassung von Ruanda ist die Erwähnung der Ethnien in den Ausweisen verboten. In der Verfassung von Burundi ist genau das Umgekehrte geschehen. Dort wurde eine Quote festgelegt für die ganzen politischen Institutionen für die Tutsis und zwar eine großzügige Quote, 40% im Parlament. Sie sind an und für sich nur 16%. Beide Seiten sagen über die andere, das wird nie funktionieren, das kann nicht gehen. Wir werden sehen. Ich glaube, auch hier muss man den Afrikanern die Möglichkeit geben, selber Wege zu gehen und zu sehen, wie das gehen kann. Ich glaube nicht, dass das Ethnienproblem das Hauptproblem ist.

Die Bemerkung, dass wir zu spät dran sind. Ich habe selber einmal lang mit Hassan al Turabi gesprochen. Die islamische Subversion ist auch den Afrikanern bekannt und sie versuchen, damit umzugehen. Ich glaube auch nicht, dass die Chinesen so lange so allein bleiben werden im südlichen Teil von Afrika.

Neue Wege. Es hat gerade vor zwei Wochen in Genf eine Gruppe gegeben, die sich zu den Sudanverhandlungen zusammengesetzt hat und genau das postuliert hat. Wir müssen andere Wege gehen. Wir müssen die Zivilgesellschaft viel stärker einbinden, die Stammesgruppen. Wir müssen das Vertrauen dieser Leute gewinnen und nicht nur die militärischen Führer anhören und die eigentlichen Rebellengruppen. Es war natürlich auch geboren aus der Ratlosigkeit, was wir jetzt überhaupt weiter in Darfur machen. Im Tschad ist ähnliches notwendig. Da ist aber sehr viel Vorarbeit zu leisten. Im Tschad ist das Problem, dass der ganze Süden heute nicht beteiligt ist an der Regierung. Der bevölkerungsreichere Süden, der am Beginn die Regierung in der Hand gehabt hat, ist heute völlig ausgeschlossen. Hier geht es erst darum herauszufinden, wer sind dort mögliche Teilnehmer an einem solchen Prozess. Und das ist immer wieder ein bisschen das Problem, das ich auch in meinen früheren Diskussionen gehabt habe mit österreichischen NGOs. Wenn man uns auffordert, mit NGOs im Süden auch direkt zu handeln und zu verhandeln, so tritt oft das Problem ein, dass wir uns selber unsere NGOs erfinden, weil es eigentlich keine wirklich soliden gibt. Im Tschad gibt es eine Gruppierung, mit der ich geredet habe, das sind die Gewerkschaften, auch sehr

klein, aber doch einigermaßen gut organisiert. Alles andere, da sind wir noch ein bisschen am Suchen. Aber die EU Kommission hat sich das ganz besonders vorgenommen.

Afrikanische Mediatoren, ja. Das ist auch ein Prozess, der im Gange ist. Das sind auch Dinge, die natürlich auch von Österreich befördert werden können, Hilfe bei der Bildung und Herausbildung solcher Mediatoren. Das wollen wir mit der Afrikanischen Union und mit ECOWAS direkt tun. An Hardliner heranzukommen? Natürlich ist das notwendig, weil es auch in diesem Diskussionsprozess wichtig ist. Österreich hat wenig Berührungspunkte in der Beziehung.

Würde Österreich auch separat Verhandlungen aufnehmen? Es liegt uns sehr daran, im EU Rahmen zu bleiben. Und auch in der EU wird das so gehandhabt. Es kann ruhig ein Land Initiativen ergreifen, soll aber dennoch im EU Rahmen bleiben. Es kann ohnehin nicht immer die ganze EU auftreten. Das ist völlig untragbar.

Das Problem, direkt mit den Rebellen reden, ist einfach das. Rebellen sind aufgefordert, die Waffen niederzulegen und sich in den internen politischen Prozess einzugliedern. Es ist schwierig, mit jemandem zu verhandeln, der am Vormittag verhandelt, am Nachmittag sagt, jetzt gehe ich lieber wieder schießen. Da braucht es ganz andere Prozesse. Wir könnten lange über die Hintergründe reden. Wir haben Wege, auf indirekte Art mit Rebellen so zu kommunizieren, so dass wir wissen, was die sich ungefähr vorstellen. Es geht umgekehrt darum, bei der tschadischen Zivilgesellschaft und Opposition herauszufinden, können sie sich das auch vorstellen, passt das zusammen.

Frage

Ich möchte eine Frage zu einem der erfolgreichsten afrikanischen Länder stellen, nämlich Ghana. Vielleicht bin ich nicht ganz objektiv als Mitbegründer der Österreichisch-Ghanesischen Gesellschaft. Können wir nicht als EU und Österreich profitieren vom Umgang der Ghanaer mit multikulturellem Environment? Wird die Panafrikanische Bewegung und Friedensbewegung, die auch von Diplomaten mitgeprägt wird, hat Ghana hier nicht eine besondere Rolle in Afrika zu spielen? Und wie bewerten Sie das?

Frage

Ich teile den Optimismus des Vortragenden hundertprozentig. Ich war vom Jahr 1958 bis zum Jahre 2002 österreichischer Vertreter in der Internationalen Arbeitsorganisation und zum Schluss erster österreichischer Vizepräsident der 90. Arbeitskonferenz in Genf. Ich habe vom Jahre 1958 bis zum Jahre 2002 alle drei Gruppen – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierung – kennen gelernt und habe ein besonders gutes Verhältnis zu den afrikanischen Kollegen gehabt. Warum? Weil sie für sehr viele Dinge ein Verständnis aufgebracht haben, das unter Umständen auch Europäer nicht aufgebracht haben. Warum hat man vor Jahren immer ein negatives Omen geglaubt? Man darf nicht vergessen, in der Kolonialzeit haben nur ganz wenige der verschiedenen Völker studieren, haben ganz wenige eine Ausbildung gehabt. 36 Lehrer hat es im Kongo gegeben, um ein Beispiel zu bringen. Jetzt hat sich gezeigt, wie verstärkt der Wille zu lernen gerade von den Afrikanern gekommen ist. Indem ich die Menschen kennen gelernt habe, bin ich der Auffassung, dass wir langsam aber sicher alle jene Probleme, die wir jetzt im Anfang zu lösen versuchen, auf die Dauer lösen.

Frage

Reinhard Dörflinger, Ärzte ohne Grenzen. Ärzte ohne Grenzen hat über 60% der Einsätze in Afrika. Was das Humanitäre betrifft, haben wir leider eine sehr traurige lange Erfahrung damit. Auch im Tschad gibt es eine längere Tradition von Ärzte ohne Grenzen als das Bundesheer jetzt. Wir waren jetzt bei der medizinischen Intervention an den Grenzen zur zentralafrikanischen Republik wieder humanitär tätig. Einerseits gibt es jetzt budgetmäßig doch 50 Millionen einmal für den ersten Einsatz, der der militärischen Friedenssicherung dient, und wahrscheinlich noch einmal das gleiche,

wenn das ein Jahr dauern sollte. Wann gibt es eine reale Überlegung im Außenministerium, eine humanitäre Budgetlinie auch für reale humanitäre Interventionen aufzumachen, die neben den 100 Millionen, die wir ausgeben für 60 Mann in Tschad, vielleicht doch in kleinerem Maß ausfallen kann? Die wirtschaftliche Entwicklung im südlichen Afrika ist hervorragend. Ich war vor drei Jahren im Zusammenhang mit einem Aids Projekt auch in Mosambik. Ärzte ohne Grenzen hat gemeinsam mit den nationalen Gesundheitsdiensten in Südafrika und auch jetzt in anderen Ländern die Aidsbehandlung in Afrika eingeführt gegen ziemlich große Widerstände in Zusammenhang mit Patentrechten. Wie siehst du die Möglichkeit der österreichischen Außenpolitik im Rahmen der Armutsbekämpfung, im Zusammenhang mit dem Aidsproblem gerade in Südafrika, einen vernünftigen Beitrag tragen zu können?

Georg Lennkh

Ghana. Ich bin für diese Verstärkung unserer Kontakte zu Ghana. Wir haben vor einem Monat einen Ghanaer hier im Kreisky-Forum gehabt. Hoch interessant, genau in diesem Bereich der Friedens- und Konfliktverhütung. Wir haben inzwischen sehr viel engere Beziehungen auch mit Ghana, obwohl Ghana kein Schwerpunktland, kein Partnerland der Entwicklungszusammenarbeit ist. Es wird dort bald Wahlen geben. Einer der aussichtsreicheren Kandidaten ist der frühere Außenminister, den wir gut kennen, der auch öfter hier in Wien war. Ich würde das gerne mitnehmen als eine Empfehlung, dass wir auch weiterhin mit Ghana im Gespräch bleiben.

Ausbildung ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir sollten uns auch damit wieder mehr beschäftigen, welchen Beitrag wir zu einer auch weiterführenden Ausbildung in Afrika leisten können.

Ärzte ohne Grenzen und humanitärer Topf. Ja, selbstverständlich und sofort. Aber dann, wenn wir insgesamt mehr Geld haben. Es steht seit Jahren in unseren Programmen, für den Fall, dass der Budgettopf insgesamt größer wird. Er sollte größer werden ab 2009, 2010. Im konkreten Fall ist jetzt die Ministerin der Meinung, nachdem wir im Tschad ohnehin schon 50 Millionen ausgegeben haben, sollen wir nicht noch extra zusätzlich Geld ausgeben. Das ist auch ein Standpunkt, den man durchaus sehen kann.

Aids. Hier gehört auch gesagt, es muss auch eine Konzentration geben, sowohl regionalmäßig wie auch in den Themen. Es ist nicht so, dass Österreich unbedingt in allen Themen aktiv werden muss. Manchmal kommt es so, dass auf einmal wir speziell etwas anzubieten haben und genau den richtigen Beitrag leisten können. Ich habe bisher nicht den Eindruck gehabt, dass wir in diesem Bereich ganz besonders gefordert sind, von uns aus etwas beizutragen. Natürlich ist es ein Problem, genau so wie die Infrastruktur ein Problem ist, oder die Energieversorgung usw. Wir müssen versuchen das zu machen, was wir gut machen können. Ich negiere überhaupt nicht, dass es ein Problem ist. Wenn man uns sagt, das ist das Problem vor allen anderen Problemen, dann werden wir uns sicher dem anschließen.

Michael Kerbler

Danke, Georg Lennkh. Sie haben am Anfang gesagt, hoffentlich wird die Politik der Europäischen Union ein bisschen mehr österreichisch. Ich möchte in Erinnerung rufen, unsere drei Säulen sind Armutsbekämpfung, Konfliktprävention und Friedenssicherung sowie Umweltschutz. Insofern kann man der EU Politik ein bisschen mehr Österreichakzent wünschen. Ich darf am Schluss mich recht herzlich für den Abend, den Vortrag und die Beantwortung der Fragen bedanken. Danke fürs Kommen und ich wünsche Ihnen noch viele Diskussionen untereinander.